Kriterien für Bus - Haltestellen

Zeitbedarf

Die Zeit für den Weg zur Haltestelle bestimmt in hohem Maße die Reisezeit. Die Fußwegentfernung zur Haltestelle (Luftlinienentfernung) sollte deshalb im Außenbereich der Städte und im ländlichen Raum nicht mehr als 600 m (entspricht einer Fußwegzeit von ca. 10 Minuten) bzw. im innerstädtischen Bereich nicht mehr als 300 m betragen.

Lage der Haltestellen

Haltestellen sollen leicht und sicher erreichbar sein. Dies setzt gut beleuchtete, saubere, vom Fahrweg getrennte sowie ausreichend breite, befestigte und barrierefreie Fußwege voraus. Bei der Planung von Haltestellen ist auf eine unmittelbare Nähe zu bewohnten Gebäuden und auf eine Gestaltung ohne dunkle Ecken zu achten. Den Belangen der mobilitätseingeschränkten Fahrgäste, zu denen auch Kinder, ältere Verkehrsteilnehmer und Personen mit sperrigen Gepäckstücken gehören, ist angemessene Rechnung zu tragen. Haltestellen sollen barrierefrei in das Fußwegenetz eingebettet werden. Für eine gefahrlose und barrierefreie Straßenüberquerung im Bereich von Haltestellen ist Sorge zu tragen. Bordsteine an gemeinsamen Geh-/Radwegen bzw. Gehwegen sollen an Querungsstellen auf 3 cm abgesenkt werden.³ Bei Radwegen ist eine 0- Absenkung vorzusehen. Bei signalgeregelten Überwegen sind die Lichtsignalanlagen nach Möglichkeit so zu steuern, dass Fahrgäste ein in die Haltestelle einfahrendes oder dort haltendes Verkehrsmittel noch erreichen können.

Haltestellenkennzeichnung

Es ist ein Haltestellenzeichen je Abfahrtsposition ortsfest auf einem quer zur Fahrtrichtung angeordneten Schild anzubringen. Dieses Haltestellenschild ist von allen Verkehrsunternehmen zu nutzen, die die Haltestelle bedienen. An jedem Haltestellenschild sind darüber hinaus die Liniennummer, das Endziel, ggf. Zwischenziele, die Tarifzonennummer sowie das Logo der VBN GmbH anzubringen.

Fahrgastinformationen

Außerhalb der Stadtverkehre werden alle Informationen an der Haltestelle verbundeinheitlich, gut lesbar und ausreichend beleuchtet in einer Vitrine ausgehängt

Alle Elemente sind nach Anforderung des Behindertengleichstellungsgesetzes möglichst weitreichend barrierefrei auszugestalten

Haltestellenplattform

Grundsätzlich sind für die Ausgestaltung der Aufstellflächen die EAÖ bzw. die RASt 06 anzuwenden.⁸

Unter anderem aus dem Behindertengleichstellungsgesetzen der Länder Bremen und Niedersachsen lassen sich Anforderungen an die Gestaltung der Haltestellenplattform, der Zuwegung, der Warteflächen und Fahrgastunterstände ableiten

Haltestellenplattform

Im Hinblick auf einen sicheren und komfortablen Ein- und Ausstieg, auf Barrierefreiheit, auf eine angemessene Aufenthaltsqualität und eine sichtbare Abgrenzung gegenüber anderen Verkehrsanlagen sind Haltestellen mit einer befestigten Haltestellenplattform auszustatten. Für einen möglichst niveaugleichen Ein- und Ausstieg in das Fahrzeug ist die Höhendifferenz und Spaltbreite zwischen Fahrzeug und Haltestellenplattform zu minimieren. Noch akzeptabel für Niederflurfahrzeuge ist eine Kombination von Reststufe und Spaltbreite mit jeweils max. 5 cm. Die geeignete Plattformhöhe im Sinne der Barrierefreiheit richtet sich nach dem Haltestellentyp.^{10:}

Warteflächen

Die Warteflächen der Haltestellen sind möglichst so zu dimensionieren, dass ausreichende Bewegungsräume vorhanden sind und Rollstuhlnutzer und/oder Kinderwagen sich begeben

können. Eine Mindest-Durchgangs-/ -fahrbreite von 90 cm muss auch an kurzen, geraden Engstellen vorhanden sein. In der Regel werden jedoch größere Bewegungsflächen benötigt. So beträgt z. B. die Bewegungsfläche für Rollstuhlbenutzer als Wendefläche, Warteplatz oder vor Bedienungseinrichtungen 1,50 x 1,50 m; die Bewegungsfläche auf Gehwegen sollte eine Breite von 1,50 m nicht unterschreiten

Bodenindikatoren

Die Systematik von Bodenindikatoren muss so umgesetzt werden, dass für blinde und sehbehinderte Menschen überall eine durchgehende und einheitliche Orientierungshilfe besteht.¹ Zum Auffinden einer Haltestelle für blinde oder sehbehinderte Menschen wird im Gehwegbereich ein Auffindestreifen mit Rippenstruktur in Hauptgehrichtung vorgesehen, der in einer Breite von 90 cm quer über den Gehweg verlegt wird. Mit einem Einstiegsfeld wird die Halteposition der von blinden und sehbehinderten Menschen genutzten Tür 1 eines Fahrzeugs angezeigt

Fahrgastunterstände

Fahrgastunterstände sollen grundsätzlich an allen Haltestellen aufgestellt werden. Aus Gründen der Sicherheit und um Sichtkontakt zwischen Fahrer und Fahrgast herzustellen, sollen Fahrgastunterstände transparent und beleuchtet sein. Sie sollen zudem visuell kontrastreich gerahmt sein.

Beleuchtung

Haltestellenbereiche sollen gut ausgeleuchtet werden. Damit wird die Erkennbarkeit der Haltestelle verbessert und die Lesbarkeit der Fahrgastinformation gewährleistet. Eine gute Ausleuchtung erhöht das subjektive Sicherheitsempfinden und die Sicherheit für die Fahrgäste.

Fahrradabstellanlagen (B+R)

Durch die Kombination Fahrrad und ÖPNV wird dem Kunden eine flexible Gestaltung seiner Wegekette ermöglicht. Der Einzugsbereich der Haltestelle und somit auch das Fahrgastpotenzial werden durch das Fahrrad vergrößert.

Zuständigkeit für Ausstattungselemente

Die Regelung zur Zuständigkeit für die einzelnen Haltestellenelemente ist in Tabelle 1 aufgeführt. Es sind aber auch andere Zuständigkeiten auf Basis bilateraler Vereinbarungen möglich.

Zuständiger	Zuständigkeitsbereich
Städte und Gemeinden	Fahrgastunterstand mit Informationsvitrine und Sitzgelegenheit"
	Abfallbehälter
	Befestigte Haltestellenplattform inklusive Bodenindikatoren
	Beleuchtung
	Fahrradständer an der Haltestelle
	Verknüpfungsanlagen (B+R, P+R)
	zusätzliche Infovitrienen
Verkehrsunternehmen	Fahrplankasten
	Haltestellenmastl-schild
	Fahrgastinformation (in der Vitrine oder am Mast)
	Dynamische Fahrgastinformation=